

# Bericht über die Entwicklung in Polen

August 1957

Seite:

<b>A. <u>Innere Entwicklung</u></b>	1
<b>I. Politische Entwicklung</b>	1
1) Lodzer Streik - ein ernstes Gefahrensignal	1
2) Offizielle polnische Stimmen zum Lodzer Streik	2
3) Jahrestag des Warschauer Aufstandes	4
4) GOMULKA vor den Bauern	6
5) Westgebiete	6
6) Einschränkung im Verwaltungsapparat	8
7) Ein- und Auswanderung in Polen	8
8) Verstärkter Strom der Reisen in und aus Polen	9
<b>II. <u>Wirtschaft</u></b>	
1) Defizit im Aussenhandel	10
2) Landwirtschaftliche Staatsgüter	11
3) Wohnungsbau aus privaten Mitteln	11
<b>III. <u>Soziale Probleme</u></b>	12
1) Krankheit - ein gutes Geschäft	12
2) Zuwenig Fachleute in den leitenden Stellungen	13
3) Sorgen mit den Schulpflichtigen	14
4) Nationale Minderheiten	15
<b>B. <u>Polen und Ausland</u></b>	
1) Treffen der polnischen und sowjetischen Schriftsteller in Moskau	15
2) Polnische Stellungnahme zur Berliner Erklärung	17
3) CHRUSCHTSCHOW in Pankow	18

## 4. Innere Entwicklung

### I. Politische Entwicklung

#### 1) Lodzer Streik - ein ernstes Gefahrensignal

Der Oktoberumschwung 1956 in Polen brachte der Bevölkerung gewisse bürgerliche Freiheiten. Die dunkle Zeit der völligen Mißachtung der menschlichen Würde, die Zeit des Polizeiterrors, der unbeschränkten Willkür gehören in Polen der Vergangenheit hat. Im Vergleich zu anderen Staaten des Ostblockes, sogar zu Jugoslawien, ist Polen in dieser Beziehung ein privilegiertes Land.

Aber mit dieser nicht zu bezweifelnden Errungenschaft hat die polnische Arbeiterschaft, die ganze Bevölkerung Polens nur einen Teilsieg errungen. Der Kampf ging um Freiheit und Brot, also um die Achtung des menschlichen Rechtes auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und um eine menschenwürdige materielle Existenz. Es ist bisher nicht gelungen und konnte in 10 Monaten auch nicht gelingen, den Lebensstandard der polnischen Bevölkerung auf ein befriedigendes Niveau zu heben.

Man muss dem polnischen Parteichef GOMULKA zugestehen, dass er den werktätigen Massen in Polen keine falsche Hoffnung gemacht hat. Vom ersten Augenblick an führte er den arbeitenden Menschen in Polen den ganzen Ernst der wirtschaftlich schwierigen Lage des Landes vor Augen, warnte vor einem unbegründeten Optimismus und versprach keine schnelle Besserung. Aber die Massen, die lange Zeit unter Terror und Entbehrungen leben mussten, glaubten trotzdem, dass die Wiedergewinnung der bürgerlichen Freiheiten, das Abschütteln der russischen Bevormundung ihnen auch eine sofortige Besserung in materieller Hinsicht bringen wird. Diese Erwartung grenzte an einen Wunderglauben. Diejenigen, die die Entwicklung in Polen nach dem letzten Oktober beobachteten, mussten immer wieder mit Verblüffung und Besorgnis feststellen, dass die Massen aus den Warnungen GOMULKAS einfach alles zu überhören schienen, was diesen Glauben trüben könnte. Der Durchschnittsmensch auf der Strasse schüttelte alle geäußerten Bedenken mit einer verächtlichen Handbewegung ab: "Die Russen können uns jetzt nicht mehr ausbeuten, und ausserdem erhalten wir jetzt eine grosse Anleihe aus Amerika." So ungefähr war die allgemeine Stimmung.

Die ersten Wochen nach dem Oktober verliefen in einem Rauschzustand. Großmütig gab man GOMULKA etwas Zeit, um "die Sache in Ordnung zu bringen". Gegen Ende des vergangenen Jahres kamen schon die ersten Anzeichen von Ungeduld. Der Arbeiter, der eine Weihnachtsgratifikation zu bekommen erhoffte, musste erfahren, dass er sie nicht bekommt. Die Umstellung in der Wirtschaft brachte die Schliessung einiger unrentabel arbeitender Betriebe, andere mussten aus Gründen der Energie-Einsparung vorübergehend geschlossen werden.

Die Verminderung des überdimensionalen bürokratischen Apparates in der Verwaltung und Wirtschaft brachte die ersten Entlassungen mit sich. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit wurde wieder lebendig. Nur wenige Gruppen unter den Werktätigen bekamen aufgebesserte Löhne. Die anderen mussten erfahren, dass sie noch lange warten müssten, bis auch sie an die Reihe kämen. Der Beginn dieses Jahres brachte die ersten Arbeitsniederlegungen in den Betrieben. Es waren nur einzelne Fälle, aber sie liessen die Stimmung unter der Arbeiterschaft deutlich erkennen.

GOMULKA unterschätzte diese Warnsignale keineswegs. Er versäumte keine Gelegenheit, um auf das absolute Unvermögen des Staates hinzuweisen, schnell eine radikale Besserung herbeizuführen. Aber die Menschen, die schon seit achtzehn Jahren auf ein normales Leben warteten, wollten sich nicht mehr hinhalten lassen. Alle Hinweise GOMULKAs, dass es zum grossen Teil von den Werktätigen selbst abhängig sei, ob die wirtschaftliche Besserung beschleunigt oder verlangsamt wird, hatten so gut wie keine Wirkung. Trotz aller Bitten, Vorstellungen und Drohungen verminderte sich in erschreckendem Ausmass die Arbeitsdisziplin, nahmen die Fehl- und Feierschichten zu, steigerte sich die Zahl der Diebstähle in den Fabriken, die bewusste Materialverschwendung, die Schlamperei bei der Arbeit usw.

Wir haben in einem unserer Berichte die Gründe dieses Verhaltens der polnischen Arbeiter analysiert und wollen das hier nicht mehr wiederholen. Es muss aber gesagt werden, dass ein Teil der arbeitenden Bevölkerung, ein wesentlicher Teil sogar, die Sanierung der polnischen Wirtschaft den in Warschau regierenden Männern nicht gerade leicht machte. Es gibt Anzeichen, die dafür sprechen, dass sich in nächster Zukunft nichts in dieser Beziehung ändern wird. Eine Änderung dieser Einstellung könnte nur dann erwartet werden, wenn der arbeitende Mensch in Polen das Bewusstsein gewinnt, für seine Mühe und seinen Fleiss entsprechend belohnt zu werden.

GOMULKA erklärt immer wieder, dass neben der wirtschaftlichen Hilfe des Auslandes nur Arbeitsdisziplin, Ehrlichkeit, Fleiss und Geduld den polnischen Werktätigen eine schnelle Wendung bringen könnten. Kann man aber so viel Einsicht von unterbezahlten, schlecht wohnenden, durch lange Jahre des Elends abgestumpften und resignierten Arbeitern verlangen? Wohl kaum. So kam es fast zu den Auguststreiks in Lodz.

## 2) Offizielle polnische Stimmen zum Lodzter Streik

Die polnische Presse brachte eine Zeitlang überhaupt keine Informationen über den Streik der Lodzter Verkehrsarbeiter. Erst nachdem mehrere Tage verstrichen

waren und die gesamte Weltpresse bereits aufhörte, sich mit diesem Ereignis zu befassen, brachte die parteiamtliche "Trybuna Ludu" auf der dritten Seite einen Artikel unter dem Titel: "Nicht auf diesem Wege", in dem sie sich mit dem Lodzer Streik auseinandersetzte.

"Die Verbesserung der Löhne" - so schreibt das Blatt - "hängt lediglich von der Erhöhung der Produktion und nicht von diesem oder jenem Beschluss des Ministerrates ab. Deswegen können die Lohnerhöhungen auf keinen Fall alle Gruppen der Beschäftigten auf einmal umfassen. Diese, für die Interessierten bittere Wahrheit, ist nicht für alle Werktätigen begreiflich. Einige von ihnen unterliegen manchmal demagogischen Losungen, die von verschiedenen Schreihälsen oder auch von Feinden unseres Systems aufgestellt werden.

Der Staat ist nicht imstande und wird auch nicht das nationale Einkommen unter dem Druck dieser oder jener Gruppe der Arbeiter aufteilen. Er muss unsere finanziellen Möglichkeiten und die tatsächlichen Bedürfnisse aller Werktätigen und nicht nur eines Teiles von ihnen berücksichtigen. Deshalb wird jede Arbeitsunterbrechung zu nichts führen und im Gegenteil eine Besserung verzögern. Man kann nicht zulassen, dass derjenige mehr erhält, der dem Staat unter dem wirksameren Druck stellt. Das wäre unrichtig und ungerecht. Nur die Regierung kann über die Proportionen und die Reihenfolge der Lohnerhöhungen entscheiden.

In unseren Verhältnissen ist ein Streik nicht die richtige Form, um die berechtigten Forderungen der Arbeiter nach Lohnverbesserungen durchzusetzen. Unabhängig von der Absicht der Streikenden trifft er ihre eigenen Interessen und die Interessen aller anderen Werktätigen."

Die dritte Augustnummer der Wochenzeitschrift "Politika" wendet sich gegen die schadenfrohen Stalinisten:

"Die Dogmatiker und Sektierer versuchen sich aufgrund dieser Ereignisse zu trösten, indem sie sagen: 'Bitte schön, da habt Ihr die Resultate der Demokratisierung und des Experimentierens.'

Darauf können wir nur antworten: 'Man stellt uns jetzt die Aufgabe, die Rechnung für ein System zu begleichen, das Ihr noch heute zu verteidigen sucht.'

Am 17. August widmete GOMULKA den Lodzer Ereignissen einen Teil seiner Ansprache, die er in Krakau anlässlich des 20. Jahrestages des Bauernstreikes hielt:

"Menschen, die keinen guten Glauben haben, erreicht die Wahrheit der wirtschaftlichen Lage Polens nicht. Auf alles haben sie nur eine Antwort: Entweder Lohnerhöhung oder Streik. Ich möchte die Arbeiter vor der für sie

und den Staat schädlichen Tätigkeit der Unruhestifter und Demagogen warnen. Ausser den eingeplanten Lohnerhöhungen für bestimmte Beschäftigungsgruppen kann niemand weiter auf eine Verbesserung in nächster Zukunft hoffen.

Die Feinde des Sozialismus behaupten, sie bekämpfen dieses System, weil es unter dem Sozialismus angeblich keine Demokratie gäbe. Wir haben in Polen weitgehende demokratische Freiheiten eingeführt und trotzdem haben die Feinde des Sozialismus ihre feindliche Einstellung nicht geändert.

Zuletzt haben manche kapitalistischen Propagandisten eine grobe Provokation inszeniert und dabei den wilden Streik der Lodzer Arbeiter ausgenutzt. In Wirklichkeit wollte die grosse Mehrheit der Lodzer Strassenbahnarbeiter diesen Streik nicht. Es wäre zu diesem Streik überhaupt nicht gekommen, wenn nicht etwa 10 % der Arbeiter einer Gruppe von Unruhestifern Gehör geschenkt hätte. Die Haltung der Sicherheitsorgane war dem offenen Unrecht der Unruhestifter, die die Strassenbahndepots blockierten, gegenüber so tolerant und rücksichtsvoll, dass man sagen muss, diese Toleranz überschritt alle in einer Demokratie üblichen Grenzen. Aber dessen ungeachtet trommelte die provokatorische Propaganda, dass in Lodz eine neue Revolte ausgebrochen sei vergleichbar mit jener in Posen.

Dies ist eine der Methoden des Kampfes gegen den Sozialismus. Wir werden aber den Sozialismus in Polen aufbauen, allen seinen Feinden zum Trotz."

### 3) Jahrestag des Warschauer Aufstandes

Der letzte, tragisch beendete polnische Aufstand, der sich 1944 vom 1. August bis Mitte Oktober in Warschau abspielte und mit dem Tode von 200.000 Aufständischen und Zivilisten sowie der vollständigen Vernichtung der Stadt endete, stand jetzt anlässlich seines 13. Jahrestages im Mittelpunkt des polnischen öffentlichen Interesses.

Man feierte in diesem Jahr offen und überall die Tapferkeit der jungen Aufständischen, die sich, primitiv ausgerüstet, gegen die Übermacht des Feindes zweieinhalb Monate gehalten haben. Man benannte einen der zentralgelegenen Plätze nach den Warschauer Aufständischen. Kurz: Die bisherige Taktik des Verschweigens wurde diesmal durchbrochen.

Aber es gab doch einen Unterschied in der Art, wie die offiziellen kommunistischen Vertreter, die Parteipresse usw. über den Aufstand sprachen, und wie es die Bevölkerung Warschaus und die nicht parteiamtlichen Presseorgane taten.

So schreibt z.B. am 2. August das Parteiorgan "Trybuna Ludu":

- 5 -

"Dies war eine nationale Katastrophe, die wohl tragischste in unserer an Tragödien so reichen Geschichte. 200.000 Menschen haben ihr Leben eingebüsst. Die Hauptstadt, eine Millionenstadt, war von der Erdoberfläche fast völlig wegradiert worden. Im Rauch der Feuerbrünste sind riesige materielle Güter und unschätzbare Kulturgüter der Vernichtung anheimgefallen.

Es ergibt sich die Frage, im Namen welcher Idee wurde diese tragische leichtfertige Entscheidung getroffen? Im Namen der Idee einer Rückkehr zum Polen der Vorkriegszeit. Es wurde also die tragische Entscheidung eines Aufstandes getroffen zur Demonstrierung einer toten Sache."

In Anbetracht des großartigen Sieges der SU über Hitler-Deutschland konnte nicht ein antisowjetisch eingestelltes Polen entstehen. ..

Wir dürfen nicht die Zahl der nationalen Katastrophen noch vermehren."

Das Blatt folgerte, dass der Warschauer Aufstand militärisch gegen die Deutschen, politisch aber gegen die Sowjets und gegen die Ideen eines Volkspolens gerichtet war.

Ganz andere Töne schlägt ein anderes Warschauer Blatt "Zycie Warszawy" (vom 1. August) an:

"Die Veränderungen in unserem Lande haben es ermöglicht, dass man jetzt offen darüber sprechen kann, was man über die grossen und tragischen Tage des Aufstandes denkt. Man darf nicht, wie man es in der Vergangenheit oft tat, in diesem Aufstand nur das politische Kunststück seiner Führer sehen. Die Behauptung, dass der Aufstand ein Diversionsakt gegen die von Osten herandrückenden sowjetischen Armeen gewesen sei, war eine moralische Ungerechtigkeit. Es war falsch, die heldenmütigen Aufständischen als das Werkzeug einer fremden politischen Konzeption darzustellen. Der Aufstand brach aus, weil sich auf polnischem Boden Okkupanten befanden. Auch die Behandlung aller Anführer des Aufstandes als fremde Agenten entsprach nicht der Wahrheit..."

Noch einen Schritt weiter geht die katholische Wochenzeitschrift "Tygodnik Powszechny" von Anfang August, die wörtlich die Aufrufe des sowjetisch kontrollierten Senders in polnischer Sprache zitiert, in denen man ein paar Tage vor dem 1. August ganz unumwunden zum Aufstand gegen die Deutschen aufforderte:

"Männer und Frauen von Warschau! Zu den Waffen! Greift die Deutschen an! Helft der Roten Armee bei der Überquerung der Weichsel!"

Die Erinnerung an diese Tatsachen muss den polnischen Kommunisten besonders peinlich sein, weil die offizielle These lautet, der Aufstand wäre in einem Augenblick ausgebrochen, als es klar war, dass die Sowjets nicht in der Lage waren, die Aufständischen militärisch zu unterstützen.

#### 4) GOMULKA vor den Bauern

Mitte August feierte man in Polen den zwanzigsten Jahrestag des grossen Streiks der polnischen Bauern gegen die damalige Landwirtschaftspolitik, in erster Linie die Preispolitik. Am 16. August sprach GOMULKA in Krakau auf einer Massenversammlung vor Bauern.

Er erinnerte an die industrielle Unterentwicklung Polens vor dem Kriege, die Hunderttausende von Bauernsöhnen und -töchtern dazu zwang, auf dem Lande zu bleiben, obwohl sie dort völlig überflüssig waren. Heute wandert der gesamte Bevölkerungsüberschuss aus den Dörfern in die Städte und Industriezentren ab und schafft damit die Voraussetzung für ein besseres Leben auf dem Lande.

GOMULKA stellte fest, dass bei der Wahl der Wirtschaftsform auf dem Lande der Wille der Bauern entscheidend sei, und dass der Staat diesen Willen unbedingt achten müsse. Wenn die Bauern sich eine Kooperation wünschen, wenn sie ihre Höfe in einer Produktionsgenossenschaft vereinigen wollen, so wird es der Staat begrüßen und dabei Hilfe leisten. Man wird die Produktionsgenossenschaften wohl empfehlen aber auf keinem Fall aufzwingen. Die Pflichtablieferungen von Getreide usw. werden noch eine zeitlang aufrechterhalten werden müssen. Das Prinzip der Landwirtschaftspolitik in Polen besteht jetzt darin, allen Bauern bei der Entwicklung der Produktion ihrer Höfe Hilfe zu leisten und gleichzeitig eine Ausbeutung der armen Bauern durch die Dorfreichen unnötig zu machen.

#### 5) Westgebiete

Das Juniheft der Monatszeitschrift "Gospodarka- Planowa" bringt eine Reihe von Informationen über die Oder-Neiße-Gebiete. Sie umfassen 33,9 % des heutigen Territoriums Polens und werden von etwa 7 Mill. Menschen bewohnt, d.h. ca. 25 % der Gesamtbevölkerung. Die grösste Bevölkerungsdichte weist die Wojewodschaft Breslau mit 104 Einwohnern pro Quadratkilometer auf. Die Besiedlungsaktion dieser Gebiete gilt als nicht abgeschlossen, und so plant man z.B. auf dem Gebiet der Wojewodschaft Stettin bis 1960 noch 100.000 neue Ansiedler unterzubringen.

Etwa die Hälfte der Bevölkerung der Westgebiete wohnt in den Städten, davon leben 60 % in den 213 Kleinstädten, die unter 10.000 Einwohner haben.

8

Die Entwicklung dieser Kleinstädte wurde in den vergangenen Jahren der stalinistischen Ära durch die "Sozialisierung" der Kleinindustrie, des Handwerks und der Kleinhandelsbetriebe gebremst. Die Folge davon war eine fortschreitende "Verdorfung" der Kleinstädte. In sieben Städtchen der Wojewodschaft Stettin lebten vor dem Kriege 12-40 % der Bevölkerung von der Landwirtschaft, jetzt lauten die entsprechenden Zahlen 51-85%. Die neue Wirtschaftspolitik GOMULKA -Polens will eine normale Entwicklung der Kleinstädte durch die Intensivierung des Privatsektors in der Wirtschaft wieder erreichen.

#### 6) Einschränkung im Verwaltungsapparat

Laut Information der polnischen Presse wurden bis zum 1. Juni 1957 27.000 Personen aus dem Verwaltungsapparat entlassen. Geplant hat man für die gleiche Zeit die Entlassung von 39.000 Personen. Nach den vorgenommenen Kürzungen hat sich der Stand der Beschäftigten in den zentralen Dienststellen um 20 % verringert. Der Lohnfond wurde um etwa 164 Mill. Zloty jährlich herabgesetzt.

Auch im Gewerkschaftsapparat hat man beträchtliche Einschränkungen durchgeführt. Dieser Apparat wurde vom November 1956 an bis April 1957 um 44,5 % verringert. Aus dem Gewerkschaftsapparat aller Richtungen wurden ca. 2.600 Mitarbeiter entlassen, geblieben sind etwa 3.250 Personen.

Denselben Kürzungen unterlag der Apparat der kommunistischen Partei. Seit Oktober 1956 entliess man 8.669 bezahlte Funktionäre, die im Apparat des ZK oder der Bezirkskomitees beschäftigt waren.

Aus dem Staatssicherheitsdienst wurden über 11.000 Personen entlassen.

#### 7) Ein- und Auswanderung in Polen

"Trybuna Ludu" meldet am 2. August:

"Im Verlauf der ersten sechs Monate dieses Jahres kehrten 48.248 Menschen aus dem Ausland nach Polen zurück, davon aus der SU 47.602 Personen. Davon sind fast ein Drittel, genau gesagt 14.096 Kinder und Jugendliche bis zu 16 Jahren. Innerhalb der gleichen sechs Monate verliessen über 94.000 Menschen, also beinahe doppelt so viel wie die Repatriierten Polen für immer. In der Mehrzahl handelte es sich dabei um im Rahmen der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik Deutschland und in die DDR ausreisende Personen, sowie um Auswanderer jüdischer Nationalität, die sich nach Israel begeben.

Was die Ansiedlung der Rückwanderer in den einzelnen Gebieten des Landes



anbelangt, so steht die Wojewodschaft Breslau mit mehr als 13.000 hier im ersten Halbjahr 1957 angesiedelten Personen an erster Stelle. Insgesamt haben sich innerhalb dieses Zeitraumes über 33.000 Personen in den Westgebieten angesiedelt."

#### 8) Verstärkter Strom der Reisenden in und aus Polen

Über eine beträchtliche Zunahme des Reiseverkehrs in und aus Polen meldet "Zycie Warszawy" vom 8. August:

"In diesem Jahr ist an unseren Grenzen ein viel stärkerer Personenverkehr zu verzeichnen als in den vergangenen Jahren.

Im ersten Halbjahr 1956 belief sich die Zahl der Reisenden, die die Grenze nach beiden Seiten im normalen Verkehr überschritten, auf 160.215 Personen, während sich diese Zahl im gleichen Zeitraum d.J. auf 453.382 Personen erhöhte. Ein ähnliches Anwachsen erfolgte auch im sogen. kleinen Grenzverkehr (der auf der Grundlage eines polnisch-tschechoslowakischen Abkommens vor sich geht); in den ersten sechs Monaten des Jahres 1956 überschritten 434.426 Personen die Grenze, im gleichen Zeitraum d.J. stieg diese Zahl auf 736.842 Personen."

Im Zusammenhang mit dem verstärkten Verkehr unternahm man in letzter Zeit und unternimmt man weiterhin viele Schritte, um den Aus- und Einreisenden die Fahrt nach Möglichkeit zu erleichtern. Zu diesem Zweck wurden z.B. neue Grenzübergänge für den Fahrzeugverkehr eröffnet.

## II. Wirtschaft

### 1) Defizit im Aussenhandel

Sehr interessante Einzelheiten über die komplizierte Lage des polnischen Aussenhandels bringt eine Broschüre, die vom Wirtschaftlichen Beirat beim Ministerrat unter dem Titel "Überblick über die gegenwärtige Lage der Wirtschaft in Polen" herausgegeben wurde. U.a. liest man dort:

"Ein Charakteristikum der Lage von 1957 ist der Umstand, dass mit der veranschlagten beachtlichen Importsteigerung eine Verringerung des allgemeinen Exportvolumens vorgesehen wird. Gemäß Planrichtlinien für das Jahr 1957 soll der Import einen um 25 % höheren Stand erreichen, als 1956 bei einer Verringerung des Exportes um 5 % gegenüber 1956. Unter diesen Umständen soll sich die Deckung des zunehmenden Imports auf Auslandskredite stützen, sowohl auf die, die bisher gewährt wurden, als auch auf die, die zur Schliessung der Zahlungsbilanz noch erwirkt werden müssen.

Zu den Schwierigkeiten, die auf diese Lage der Dinge im Aussenhandel im Jahre 1957 Einfluss haben, gehören vor allem:

#### 1. Der Steinkohleexport (in Mill. to)

1949	1953	1954	1955	1956	1957 (Plan)
26,3	24,2	24,2	24,1	19,1	13,0

2. Zur Ausgleichung der Warenmasse mit der rasch wachsenden Kaufkraft der Bevölkerung auf dem Binnenmarkt war es notwendig, einen hohen Import von industriellen Verbrauchsgütern zu veranschlagen. Bereits im Jahre 1956 machte der überplanmässige Verbrauchsgüterimport im Jahresschnitt rund 100 Mill. Zloty in Devisen aus. 1957 weist das allgemeine Importvolumen von Verbrauchsgütern laut Plan für dieses Jahr ein Wachstum von 92 % auf und soll die Summe von etwa 530 Mill. Zloty in Devisen erreichen.

3. Der Rohstoffimport steigt insgesamt laut Plan von 1957 um 18 % gegenüber 1956, darunter der Import solcher Rohstoffe wie Erdöl und flüssige Treibstoffe um 33 %, der Import von Rohstoffen für die Schwerindustrie um 13 % und für die Leichtindustrie um 22 %. Gleichzeitig ist ein hoher Getreideimport erforderlich.

In Anbetracht dieser Sachlage werden die sehr hochgeschraubten Aufgaben des Aussenhandels nur dann erfüllt werden können, wenn die recht ehrgeizigen Aufgaben im Bereich des Maschinenexports erfüllt werden, der dem Plan zufolge im Jahre 1957 um 38 % steigen soll, und wenn zusätzlich Auslandskredite aufgenommen werden.

Beide Bedingungen sind schwierig. Die für das Jahr 1957 veranschlagte Exportquote für Maschinen ist noch nicht vollvertraglich gebunden. Dies verlangt ernsthafte Anstrengungen des Aussenhandels, da im Ausrüstungsexport Verträge für ein Jahr im Voraus üblich sind.

Der Aussenhandelsplan für das Jahr 1957 wurde unter Zugrundelegung von Auslandskrediten aufgestellt. Ein Teil der Kredite ist bereits unter Dach und Fach. Es besteht aber auch weiterhin die Notwendigkeit, zusätzliche Kredite von kapitalistischen Ländern aufzunehmen, weil die bisher erhaltenen Kredite eine Auspendelung der Zahlungsbilanz nicht gewährleisten. Die Aufnahme dieser Kredite wird unter sehr schwierigen Bedingungen erfolgen müssen, weil die geeignetste Grundlage für die Aufnahme eines Kredits ein wachsender Export ist.

In Anbetracht der Proportionen des Aussenhandels hinsichtlich der Import- und Exportseite ergibt sich in der Zahlungsbilanz dieses Jahres das sehr ernsthafte Defizit von 900 Mill. Zloty in Devisen, was annähernd etwa 25 % des polnischen Bruttoexportvolumens gleichkommt. Dieses Defizit wird zum Teil durch Einnahmen für Dienstleistungen abgedeckt werden (Transport). Die Hälfte dieses Defizits wird aber durch Auslandskredite gedeckt werden müssen."

## 2) Landwirtschaftliche Staatsgüter

Nach den letzten Informationen gibt es in Polen augenblicklich 6.055 landwirtschaftliche Staatsgüter. Sie haben bis zum 30. Juni 1957 etwa 71.000 ha zum Zweck der Bodenaufteilung abgegeben. Bis zum Ende dieses Jahres sollen sie noch 133.000 ha, im Jahre 1958 etwa 30.000 ha und in den nachfolgenden Jahren noch über 150.000 ha, insgesamt also 385.000 ha abgegeben. Dies bedeutet etwa 12 % des gesamten Areals der Staatsgüter. Das abgegebene Land wird unter die Bauern aufgeteilt.

Einer grundsätzlichen Veränderung unterlag das Planungssystem auf den Staatsgütern. Früher haben die zentralen Verwaltungsbehörden (Ministerium für Staatsgüter) alle Einzelheiten der wirtschaftlichen Planung bestimmt, jetzt beschränken sie sich lediglich auf allgemeine Richtlinien. Sonst wird der Plan der Beschaffenheit eines jeden einzelnen Betriebes angepasst, unter Berücksichtigung der Bodenart, der klimatischen Verhältnisse usw.

## 3) Wohnungsbau aus privaten Mitteln

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" bringt am 12. August eine interessante Aufstellung über den Verlauf des Wohnungsbaues aus privaten Mitteln in den letzten sieben Jahren. Die Tabelle enthält folgende Zahlen:

<u>Jahr</u>	<u>in den Städten</u>	<u>auf dem Lande</u>
1950	11,2	48,2
1951	7,2	38,6
1952	6,1	33,7
1953	7,0	41,0
1954	7,8	43,4
1955	17,8	58,0
1956	27,6	62,5

Die Zahlen gelten in Tausenden Wohnräumen.

Aus den Zahlen geht hervor, dass sich der private Wohnungsbau hauptsächlich auf das Land konzentriert, während in den Städten überwiegend aus staatlichen und öffentlichen Mitteln gebaut wird.

III. Soziale Probleme

1) Krankheit - ein gutes Geschäft

Eine erschreckende Auflockerung der Arbeitsdisziplin melden die polnischen Zeitungen in den letzten Wochen. Wegen Fernbleibens von der Arbeit sind im ersten Halbjahr 1957 26 Mill. Arbeitsstunden verlorengegangen. Im ersten Halbjahr 1956 gingen dadurch nur 11 Mill. Arbeitsstunden verloren, was schon eine sehr hohe Zahl war. Eine "Rekordleistung" brachte die Belegschaft einer Vereinigung der Eisenerzgruben im Gebiet von Kielce, wo nur 10 % der Beschäftigten in einem Monat täglich erschienen. Um nicht zur Arbeit erscheinen zu müssen, besorgen sich die Arbeitsmüden ein ärztliches Attest. Diese Prozedur wird dadurch erleichtert, dass es jedem Betriebsangehörigen überlassen ist, bei welchem Arzt er sich die Krankheitsbescheinigung besorgt. Die Ärzte nehmen es nicht so genau mit der Ausstellung eines Attestes und, da sie meistens auch unterbezahlt sind, zeigen sie sich manchmal gegen kleine "Gegenleistungen" ihren Patienten gefällig.

"Trybuna Ludu" beschäftigt sich am 10. August mit dem Phänomen der Massen-"Erkrankungen" und kommt dabei zu folgenden Rückschlüssen:

"Man hat Zustände geschaffen, unter denen es sich lohnt, krank zu werden. Die Beibringung einer ärztlichen Bescheinigung bereitet fast keine Schwierigkeiten. Laut gesetzlichen Vorschriften bekommt jeder krank gemeldete Beschäftigte 75 % der letzten Durchschnittsbezüge, und zwar schon vom ersten Tag der Krankheit an. Die Erfahrung beweist, dass die meisten sich entweder Freitag, Sonnabend, Sonntag oder aber Sonnabend, Sonntag und Montag krank melden. Daran kann man schon verdienen, weil das Krankengeld für alle Krankheitstage gezahlt wird, und zwar in Höhe

von 75 % des täglichen Durchschnittslohnes. Das gilt im Falle der Erkrankung auch für Tage, an denen nur kürzer (Sonnabend) oder garnicht gearbeitet wird (Sonntag)."

Dieselbe Zeitung zitiert am 27. August das Beispiel eines Mannes, der als Schornsteinfeger in Bialystok beschäftigt war und es im Zeitraum von 2 1/2 Jahren auf 532 "Krankheitstage" gebracht hat. Das ihm ausgezahlte Krankengeld betrug über 96.000 Zloty. Jede Krankheitsbescheinigung wurde von einem anderen Arzt ausgestellt. Es stellte sich später heraus, dass der Mann Mitbesitzer eines Taxis war und eine bestimmte Zahl von Tagen seine Taxifahren musste. Sonst erfreute er sich einer ziemlich guten Gesundheit.."

Man fordert jetzt eine Revision der Bestimmungen über die Auszahlung von Unterstützungsgeldern bei Krankheit, damit die Arbeitsmüden keine Möglichkeit zum zusätzlichen Verdienen haben.

Ein weiterer Grund, warum ein Teil der Arbeiter nicht regelmässig zur Arbeit erscheint, ist die Tatsache, dass sie in den immer zahlreicher werdenden Privatbetrieben stundenweise beschäftigt und verhältnismässig gut bezahlt werden. Und schliesslich wirkt sich hier auch der zunehmende Alkoholismus unter der Bevölkerung aus. Manche haben schon ausgerechnet, dass der Verbrauch an Alkohol, der im letzten halben Jahre erschreckend angewachsen ist, sich etwa um die Summe vergrösserte, die der Erhöhung des allgemeinen Lohnfonds seit Oktober vorigen Jahres entspricht.

Der wichtigste Grund für alle diese unerfreulichen Erscheinungen wird natürlich die Tatsache sein, dass schlecht bezahlte Menschen keine wahre Lust zum Arbeiten haben. Wenn man dafür auch viel Verständnis aufbringen kann, eins bleibt unbestritten: Bei dieser Einstellung eines grossen Teiles der Beschäftigten, besonders der jüngeren Arbeiter, wird die Sanierung der polnischen Wirtschaft viel länger dauern als unbedingt notwendig. Die moralischen Schäden, die dabei entstehen, werden sich auch in einer normalisierten Situation nicht so leicht beheben lassen.

## 2) Zu wenig Fachleute in den leitenden Stellungen

Das wöchentlich erscheinende Wirtschaftsblatt "Zycie Gospodarsze" beschäftigt sich in seiner 30. Nummer mit der Frage der angeblichen Überproduktion an akademisch gebildeten Menschen in Polen. Das Blatt stellt fest, dass nur etwa 15 % aller Direktoren und Leiter der Betriebe eine Hochschulbildung besitzen, 40 % von ihnen dagegen nur eine Grundausbildung genossen haben. Genauso sieht es mit den sog. "technischen Direktoren" aus in den Betrieben,

von denen nur 12 % technische Hochschulen absolvierten und 54 % lediglich eine Grundbildung haben. 44 % der Oberingenieure in den Betrieben sind ohne Hochschulbildung.

Noch viel schlimmer sieht es auf dem Lande aus: Unter den Direktoren der staatlichen Landgüter gibt es nur 5 % mit Hochschulbildung und 62 % mit Grundbildung.

"Trybuna Ludu", die sich am 12. August mit dem gleichen Problem beschäftigt, kommt zu der Schlußfolgerung, dass 24.000 Stellen, die von Diplom-Ingenieuren und 70.000 Stellen, die von Ingenieuren besetzt werden müssten, von Personen besetzt sind, die keine ausreichende fachliche Vorbildung besitzen.

### 3) Sorgen mit den Schulpflichtigen

Fast 98 % der Schulpflichtigen zwischen 7 und 13 Jahren besuchen jetzt die Volksschulen. Damit wurde praktisch der Gesamtkomplex der Schulpflichtigen erfasst, da sich die restlichen 2 % aus Kindern zusammensetzen, die wegen ihrer geistigen oder körperlichen Mängel normale Schulen nicht besuchen können.

Aber dieses optimistische Bild hat auch seine Schattenseiten, wie die parteiamtliche "Trybuna Ludu" vom 26. August zugeben muss. Nicht alle Kinder, die den Unterricht an der Volksschule beginnen, beenden ihn auch. Aus einem Jahrgang, der rund 404.000 schulpflichtige Kinder zählte, beendeten die siebenklassige Volksschule nur knapp 290.000. Der Rest, also 28,5 % aller Schulpflichtigen, hat es schon früher aus diesen oder jenen Gründen aufgegeben.

Hunderttausende von Kindern brachten es nur bis zum vierten, fünften oder sechsten Unterrichtsjahr. Man hat festgestellt, dass es sich bei den Kindern, die die Schule vorzeitig verlassen haben, in der grossen Mehrzahl um solche handelte, die mehrere Male das Klassenziel nicht erreichten und das Alter der Schulpflicht schon vor Beendigung der Schule überschritten hatten. Im Schuljahr 1955/1956 stellte man fest, dass es in der 7. (also höchsten) Volksschulklasse nur 56,2 % Kinder gab, die ein normales Alter für diese Klasse hatten. Andere Kinder waren im Unterricht um mehrere Jahre (manchmal über fünf) zurück. In der Stadt ist diese Erscheinung allerdings nicht so oft zu beobachten wie auf dem Lande.

#### 4) Nationale Minderheiten

Nach den letzten Schätzungen, die von der parlamentarischen Kommission für innere Angelegenheiten veröffentlicht wurden, gibt es in Polen etwa 500.000 Personen nichtpolnischer Nationalität. Die größte Gruppe unter den nationalen Minderheiten bilden die Ukrainer (etwa 200.000), dann folgen die Weißruthenen (ca. 120.000), Deutsche - 65.000, Juden - 50.000 Slowaken - 15.000 und mehrere Tausend Litauer.

Von den Ukrainern leben ca. 150.000 in den Westgebieten und nur 50.000 im südöstlichen Teil des heutigen polnischen Territoriums. Die Weißruthenen treten hauptsächlich im Bezirk Bialystok auf.

#### B. Polen und Ausland

##### 1) Treffen der polnischen und sowjetischen Schriftsteller in Moskau

Am 5. August, während des "Weltjugendfestivals" in Moskau, fand ein Treffen polnischer und sowjetischer Schriftsteller statt. Wie die parteiamtliche "Trybuna Ludu" vom 6. August berichtet, verlief dieses Treffen in einer Atmosphäre "lebhafter und scharfer Diskussion". Die Russen waren der Auffassung, "dass sich augenblicklich in der polnischen Literatur ein beunruhigender Mangel an Werken über positive Erscheinungen im Leben des Landes bemerkbar mache". In diesem Zusammenhang wurde besonders scharf der junge und hochbegabte polnische Schriftsteller MAREK HLASKO zitiert, dessen Roman "Der achte Tag der Woche" kürzlich in einer westdeutschen-polnischen Kooperation verfilmt wurde.

Die Sowjets warfen ihren polnischen Gästen vor, dass sie mit Unrecht den "sozialistischen Realismus" in der Literatur verdammen und seine Errungenschaften sowohl in der sowjetischen als auch in der polnischen Literatur ungerecht beurteilen.

Von polnischer Seite aus wurde darauf entgegnet, dass der Hauptgedanke der polnischen Kulturpolitik die Losung "Mögen hundert verschiedene Blumen blühen" sei. Mißverständnisse entstehen, so meinte einer der Polen, wenn man die einzelnen Ausführungen der polnischen Schriftsteller, die ihre persönlichen Ansichten kund tun, als Ausdruck der gesamten polnischen literarischen Meinung auffasst.

In Mittelpunkt der Diskussion stand der Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbandes, Alexy SURKOW. Dieser Mann, der sich in früheren Jahren und auch heute noch zum Verfechter der stalinistischen Methoden der "Kultur - lenkung" machte, führte die heftigsten Attacken gegen die Polen. Die Wochenzeitschrift "Zycie Literackie" bringt interessante Einzelheiten über Fragmente der Diskussion, die einen Einblick in die wirklich "scharfe" Atmosphäre erlauben, die in Moskau herrschte. SURKOW stellte fest, dass man den Termin des Kongresses des polnischen Schriftstellerverbandes nur deshalb verschoben habe, weil die Polen es nicht wünschten, dass er, SURKOW, als Gast aus Moskau käme. Man habe sogar gefordert, dass die Russen den zu STALINS Zeiten verbannten PSTERNAK schicken sollten. "Man wollte mich beleidigen, und hat dabei die chinesischen Genossen getroffen, die in Moskau auf den Beginn der polnischen Schriftstellertagung warteten und unverrichteter Dinge nach Peking abreisen mussten. Wir möchten darum bitten", meinte SURKOW, "uns wie Erwachsene zu betrachten und es uns selbst zu überlassen, wen wir als Delegierte nach Warschau schicken werden."

Nach der Meinung SURKOWs haben manche polnischen Schriftsteller auf den Realismus geschossen, weil sie das Wort "Sozialistisch" treffen wollten. Als sie in diesem Schießen einige Übung hatten, begannen sie direkt den Sozialismus zu beschießen. Über das Niveau von SURKOWs Auftritt gibt ein Zitat ein anschauliches Bild: Er sprach folgendermassen über einen polnischen Schriftsteller: "Ich habe es garnicht begreifen können, wie ein kleinwüchsiger, stiller Mann wie er, ein so boshaftes Gedicht über den sozialistischen Realismus schreiben konnte."

Zum Schluss versicherte SURKOW, der als durchschnittlicher Schriftsteller auch unter seinen sowjetischen Kollegen gilt, dass er die Arbeit in seiner literarischen Werkstatt unterbrechen wird und darüber schreiben will, was in der polnischen Literatur vor sich geht.

Man hat in der polnischen Presse leider nur Fragmente der Gespräche und "Diskussionen" veröffentlicht. Es geht aber auch aus ihnen klar hervor, dass sich da zwei grundverschiedene Welten trafen, die nichts miteinander gemein haben.

Resigniert schrieb dann in der Zeitschrift "Nowa Kultura" vom 25. August ein Teilnehmer des Moskauer Treffens, einer der brilliantesten polnischen Feuilletonisten, K. T. TOEPLITZ:

"Ich habe nicht geahnt, dass Moskau so weit liegt. Ich meine hier nicht die geographische Entfernung, die etwa anderthalb tausend Kilometer beträgt.



- + Eine ähnliche Entfernung trennt Warschau auch von Brüssel oder Verona,
- + und dabei muss man auf dem Wege zu diesen Städten mehrere Grenzen über-
- + queren. Aber Brüssel und Verona liegen näher als Moskau."

Ähnlich scharf wie die Schriftsteller, wurden in Moskau ein paar Tage später die polnischen Bildhauer angegriffen. Besonders scharfe Angriffe führte man weiter gegen die Monatszeitschrift "Polen", die in vielen Fremdsprachen (auch in Deutschland) erscheint. Ihr graphisches Gesicht zeuge deutlich von einer vollzogenen "Abkehr vom Sozialistischen Realismus", meinten die Sowjets. Von polnischer Seite aus hat man daraufhin nur entgegenen können, dass diese Zeitschrift jeden Monat innerhalb weniger Stunden aus den Zeitungskiosken in Moskau verschwindet, weil die Leser sich direkt danach reißen.

## 2) Polnische Stellungnahme zur Berliner Erklärung

Am 3. August 1957 veröffentlichte das polnische Außenministerium eine Deklaration zur Berliner Erklärung der Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland. Die in dieser Erklärung enthaltenen Vorschläge bezeichnet Warschau als nicht real und als nicht der Sache der internationalen Entspannung dienend.

"Die polnische Regierung ist der Meinung, dass eine klare Anerkennung der Staatsgrenzen im internationalen Leben Bedingung und Maßstab der gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen ist. Man kann schwer von freundschaftlichen Gefühlen für das polnische Volk sprechen und gleichzeitig diejenigen unterstützen, die ihm einen Teil seines Gebietes wegnehmen wollen."

In einem gleichzeitig veröffentlichten Kommentar schreibt "Trybuna Ludu" am 4. August:

"Polen hat ein besonderes Recht, sich für alles zu interessieren, was in Deutschland geschieht, und das sowohl mit Rücksicht auf die Vergangenheit als auch auf die gegenwärtige Lage in der Bundesrepublik. Unsere Einstellung gegenüber Westdeutschland haben wir oft genug formuliert: Wir wollen gute Beziehungen zum ganzen deutschen Volk haben. Aber die andere Seite? Gerade jetzt, anlässlich des Wahlkampfes, beobachten wir ein Anwachsen der revisionistischen und revanchelustigen Erklärungen. Mit einem sehr durchsichtigen Zweck publiziert man in Westdeutschland Spekulationen über die angebliche Bereitschaft Polens, über seine Westgebiete "zu verhandeln".

"Sowohl in der Bundesrepublik als auch in anderen westlichen Ländern werden immer häufiger Stimmen über die Bestrebung laut, freundschaftliche Beziehungen zu Polen anzuknüpfen. Wir begrüßen solche Stimmen mit Freude und glauben, dass sie in vielen Fällen durch den aufrichtigen Wunsch nach

einer praktischen Verwirklichung der Idee der friedlichen Zusammenarbeit diktiert sind. Wir können aber kaum den Politikern Glauben schenken, die ihre Freundschaft zu Polen kundtun und gleichzeitig eine antipolnische Kampagne entfesseln.

Vom Standpunkt Polens ist die Berliner Erklärung der Westmächte vor allem deshalb nicht akzeptabel, weil sie trotz der vielen schön klingenden Phrasen die Sicherheit Europas ignoriert. Die Erklärung überlässt Deutschland die Möglichkeit uneingeschränkter Rüstungen und sieht vor, dass Westdeutschland im Atlantikpakt bleiben soll, sie schließt eine Neutralisierung und Entmilitarisierung Deutschlands aus."

### 3) CHRUSCHTSCHOW in Pankow

Der letzte Besuch der sowjetischen Politiker bei ULBRICHT hat in Warschau kein gutes Echo gehabt. Während die offiziellen Kommentare der Presse die Übereinstimmung der ostzonalen und sowjetischen Politiker mit dürren Worten als einen Beitrag zur Einheit des sozialistischen Lagers begrüßt, herrschte in den Kreisen um GOMULKA einige Besorgnis über die Tatsache, dass die Sowjets sich offensichtlich entschlossen haben, ULBRICHT weiterhin mit allen Kräften zu unterstützen. Es ist kein angenehmes Gefühl für Polen, das Bewußtsein zu haben, von allen Seiten von den Sowjets und ihren treuesten Satelliten umschlossen zu sein. Man hat in Warschau wohl nicht gerade damit gerechnet, dass ULBRICHT bald ausgewechselt wird und eine Liberalisierung des Regimes in der SBZ beginnt, man hat aber doch mit dem Gedanken gespielt, dass die Sowjets sich nicht so eindeutig für ULBRICHT engagieren würden. Nun hat Warschau aber eingesehen, dass die Sowjets in allen Nachbarstaaten Polens Männer an der Spitze haben wollen, die die Garantie dafür geben, daß sie gegen die "polnische Krankheit" völlig immun sind und dafür Sorge tragen werden, daß die von ihnen beherrschten Völker von der Ansteckungsgefahr isoliert bleiben.